

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Wirtschaftspolitik

(13. Ausschuß)

zur Interpellation der Fraktion der FDP

- Nr. 1703 der Drucksachen -

betr. Remontage.

Berichterstatter:

Abgeordneter Stücklen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird ersucht, bei allen Engpaßinvestitions-, Sanierungs- oder Exportförderungsprogrammen insbesondere auch Mittel für die Remontage demontierter oder reparationsgeschädigter Unternehmen vorzusehen. Hierbei sind auch solche Remontagefälle zu berücksichtigen, die eine Beseitigung von Engpässen in den Zulieferindustrien der Grundstoffwirtschaft oder eine erhebliche Minderung der Importabhängigkeit gewährleisten.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, für das Jahr 1951/52 eine Remontagefinanzierung in Höhe von mindestens 150 Millionen DM sicherzustellen durch
 - a) Einstellung von Mitteln in den außerordentlichen Haushalt,
 - b) Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen,
 - c) Einplanung in Freigaben von Gegenwertmitteln,
 - d) Einwirkung auf die Länderregierungen mit dem Ziel der Bereitstellung von Haushaltsmitteln der Länder,
 - e) Einplanung in die Aufbauhilfe des Soforthilfefonds gegen Gewährung von Anteilen oder Anleihen der betreffenden Unternehmen zu Gunsten des Soforthilfefonds.

Bonn, den 15. Mai 1951

Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik

Dr. Schröder (Düsseldorf)

Vorsitzender

Stücklen

Berichterstatter